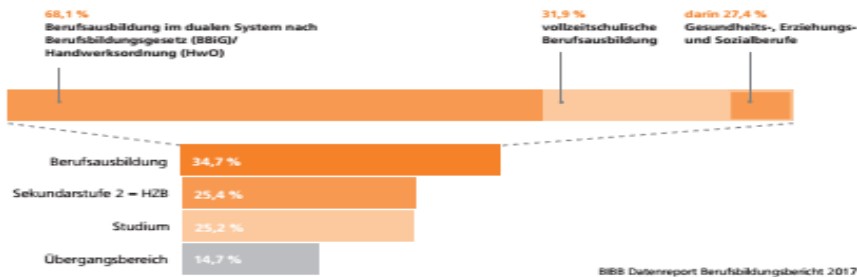
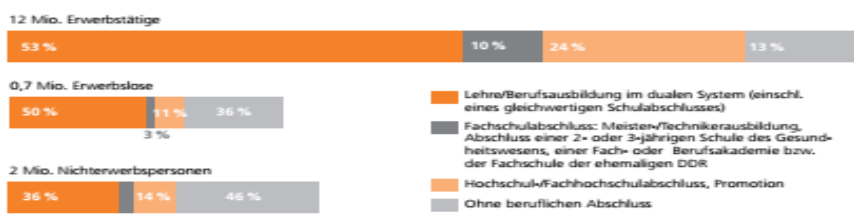


## Anfänger/innen im Ausbildungsgeschehen 2016 (15 bis 24 Jahre)



BBB Datenreport Berufsbildungsbericht 2017

### Beteiligung der 25- bis 40-Jährigen am Erwerbsleben nach beruflichen Bildungsabschlüssen 2013



Quelle: [GoVet-Datenblatt zur dualen Berufsausbildung in Deutschland](#)

Folgt man der auf der [Integrierten Ausbildungsberichterstattung](#) beruhenden Darstellung des GoVet-Schaubilds (German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training), so haben im Jahr 2016 von allen Anfängern/innen im Ausbildungsgeschehen 34,7 % eine Berufsausbildung, 25,4 % einen zur Hochschulzugangsberechtigung führenden Bildungsgang der Sekundarstufe II und 25,2 % ein Studium aufgenommen, während 14,7 % in einen Bildungsgang des Übergangsbereichs einmündeten. Von den erstgenannten 34,7 % beruflich zu Qualifizierenden haben 68 % eine duale Ausbildung und knapp 32 % eine vollzeitschulische Berufsausbildung (darin enthalten 27 % in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen) aufgenommen. Das Schaubild erläutert ferner, welchen Anteil die dual Qualifizierten, die vollzeitschulisch sowie die hochschulisch Qualifizierten neben den nicht formal Qualifizierten an der 25- bis 40-jährigen Erwerbsbevölkerung sowie an den Nichterwerbspersonen haben. Für die Bundesfachgruppen Gewerbliche und Kaufmännische Schulen erweist sich die Tatsache, dass fast zwei Drittel der 25- bis 40-jährigen Erwerbspersonen dual bzw. vollzeitschulisch qualifiziert sind, als Beleg für die nach wie vor hohe Bedeutung der beruflichen Bildung für das Erwerbssystem und die soziale Sicherheit.

## Berufliche Bildung im Koalitionsvertrag 2018

Nach dem positiven Votum der SPD-Mitglieder ist der Weg nun frei für eine dritte Große Koalition. Im Anfang Februar zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten [Koalitionsvertrag](#) finden sich vor allem in den Kapiteln IV (Bildung, Forschung, Digitalisierung) sowie V (Arbeit) und VI (Wirtschaft) eine Reihe von Aussagen zur Beruflichen Bildung, die wir hier aus Sicht der Berufsbildner/innen der GEW beleuchten wollen.

Mehr als zehn Jahre nach der Föderalismus-Reform des Jahres 2006 wird durch Streichung der Neufassung des Artikels 104c Grundgesetz der Bund in die Lage versetzt, flächendeckend in die Bildungsinfrastruktur zu investieren, was Investitionen in die Ausstattung der allgemein- wie berufsbildenden Schulen rechtssicher ermöglicht. Ferner wird mit dem „Nationalen Bildungsrat“ erstmals seit über 40 Jahren wieder ein Gremium geschaffen, das eine gemeinsame Bildungsstrategie entwickeln kann. Bei der noch festzulegenden Zusammensetzung müssen die Gewerkschaften Sitz und Stimme erhalten!

Eine „Investitionsoffensive“ soll für allgemein- und berufsbildende Schulen u.a. zu Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und Digitalisierung auf den Weg gebracht und der bereits im vergangenen Jahr angekündigte



GEW-Hauptvorstand

**GEW-Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung und  
Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
Ansgar Klinger  
069/78973-325  
ansgar.klinger@gew.de

**Referent**  
Arnfried Gläser  
069/78973-319  
arnfried.glaeser@gew.de

**Sekretariat**  
Christine Sturm  
069/78973-326  
christine.sturm@gew.de

**Fax:** 069/78973-103  
**Internet:** [www.gew.de](http://www.gew.de)  
**Facebook:** [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)  
**Twitter:** [twitter.com/gew\\_bund](https://twitter.com/gew_bund)

**Bundesfachgruppenausschuss  
Gewerbliche Schulen**

**Ralf Becker (Vorsitzender)**  
06142/838880  
r.becker.gew@gmx.de

**Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)**  
0331/ 964476  
heinisch-weiser@t-online.de

**Vorstandsteam  
Bundesfachgruppenausschuss  
Kaufmännische Schulen**

**Martina Hanns**  
034348/60020  
Mart-Lutz@gmx.de

**Christina Kunze**  
030/2159341  
kunzmanns@t-online.de

**Britta Delique**  
0441/592203  
britta@delique.net

„Digitalpakt“ soll umgesetzt werden. Allerdings sollen von den angekündigten 5 Mrd. € lediglich 3,5 Mrd. € in dieser Legislaturperiode – für allgemein- und berufsbildende Schulen – in der Summe bei weitem nicht auskömmlich – zur Verfügung gestellt werden. Die besonderen Herausforderungen von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Aufgaben der Integration sollen gemeinsam mit den Ländern aufgegriffen werden. Hier ist neben den allgemeinbildenden auch an die betreffenden Schulformen der berufsbildenden Schulen, z.B. das Berufsgrundbildungsjahr zu denken.

Die Große Koalition will die berufliche Bildung u.a. mit einem „Berufsbildungspakt“ stärken, der jedoch mit Ausnahme der bereits an anderer Stelle erwähnten Ausstattungsverbesserung für berufliche Schulen nicht weiter beschrieben wird. Ferner soll die Aufstiegsfortbildung („Meister-BAföG“) besser gefördert werden; hier werden eine Gebührenfreiheit sowie verbesserte Zuschüsse für die Maßnahmen und den Unterhalt in Aussicht gestellt. Die nicht definierte „höhere Berufsbildung“ soll als innovativer Qualifizierungsweg neben dem dualen Studium gestärkt werden. Bezüglich des dualen Studiums ist vor allem auf die in den Beschlüssen der GEW formulierten Qualitätsvorgaben und Mindeststandards zu verweisen.

Die Berufsorientierung soll im Zusammenwirken von Bund und Ländern an allen allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe, auch am Gymnasium, gestärkt und die Arbeit der Jugendberufsagenturen ausgeweitet werden. Hinsichtlich der Berufsorientierung ist eine Einbindung der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und vor einer Ausweitung der Arbeit der Jugendberufsagenturen deren Evaluierung anzumahnen.

Ferner soll die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ fortgesetzt und diese stärker auf die digitale Fort- und Weiterbildung ausgerichtet werden. Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) soll reformiert und in ihm eine Mindestausbildungsvergütung festgeschrieben werden. Hier wird es aus bildungsgewerkschaftlicher Sicht bedeutsam sein, einerseits die gebotenen Änderungen hinsichtlich der Inklusion sowie des Prüfungswesens vorzunehmen, andererseits den bisher bestehenden Focus auf die duale Ausbildung und die dualen Berufe auch auf die vollzeitschulischen Formen der Berufsbildung insbesondere im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialbereich zu erweitern. Die Ankündigung der Koalitionäre, das Schulgeld für alle Gesundheitsberufe abschaffen und die

finanziellen Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen zu wollen sowie Ausbildungsvergütungen anzustreben, ist zu begrüßen und unter Beachtung der Zuordnung der Erzieher/innenausbildung auf Stufe 6 des Europäischen Qualifikationsrahmens wirksam umzusetzen. Mit der Initiative Berufsbildung 4.0 soll die Weiterbildung des Ausbildungspersonals gestärkt und ein Sonderprogramm für überbetriebliche Berufsbildungsstätten aufgelegt werden. Für die Ausbildung sollen mehr Betriebe gewonnen und die sogenannten Passungsprobleme u.a. mit Mobilitätshilfen gelöst werden. Die Große Koalition will eine Bundestags-Enquete-Kommission zur „Stärkung der beruflichen Bildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs“ einrichten. Hier ist zu beachten, dass die Erkenntnisse der Enquete nicht erst in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Die in der vergangenen Legislaturperiode unternommene „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ soll fortgesetzt und um die Schwerpunkte Lehrer/innenausbildung für berufliche Schulen sowie Digitalisierung erweitert werden.

Ferner beabsichtigen die Koalitionäre, über Teilqualifikationen als „nicht ausbildungsfähig“ geltende Menschen einen schrittweisen Einstieg in eine Ausbildung nach § 66 BBiG bzw. § 42 Handwerksordnung zu ermöglichen. Hier ist anzumerken, dass eine exklusive Vermittlung theoriegeminderter Berufe eine deutliche Ablehnung der GEW findet.

Aus Sicht der Bundesfachgruppen Gewerbliche und Kaufmännische Schulen enthalten die Absichten der Koalitionäre hinsichtlich der beruflichen Bildung Potentiale, die es arbeitnehmerorientiert und im Sinne der Lernenden zu gestalten gilt. Der vorliegende Koalitionsvertrag hinterlegt jedoch für die beschriebenen Programme entweder unzureichende oder keine Ressourcen, aus denen die dringend gebotenen Veränderungen zu bestreiten sind. Hier liegt ein klarer Verbesserungsbedarf in der Legislaturperiode vor.

### **GEW-Forum „Herausforderungen für die Berufliche Bildung“ auf der Didacta**

Der Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW hat während der Didacta ein gut besuchtes Forum mit den Berufsbildungsforschern Prof. Rita Meyer von der Leibniz-Universität Hannover und Prof. Georg Spöttl von der Universität Bremen mit den Schwerpunkten Akademisierung sowie Digitalisierung der Berufsbildung veranstaltet. Eine kostenfreie Zusendung der digitalen Fassung der Vorträge kann bei [E-Mail: Christine Sturm](mailto:Christine.Sturm@gew.de) erbeten werden.

Foto: GEW



**GEW-Hauptvorstand**

### **GEW-Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

#### **Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
ansgar.klinger@gew.de

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
arnfried.glaeser@gew.de

**Sekretariat**  
**Christine Sturm**  
069/78973-326  
christine.sturm@gew.de

**Fax:** 069/78973-103  
**Internet:** [www.gew.de](http://www.gew.de)  
**Facebook:** [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)  
**Twitter:** [twitter.com/gew\\_bund](https://twitter.com/gew_bund)

### **Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen**

**Ralf Becker (Vorsitzender)**  
06142/838880  
r.becker.gew@gmx.de

**Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)**  
0331/ 964476  
heinisch-weiser@t-online.de

### **Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen**

**Martina Hanns**  
034348/60020  
Mart-Lutz@gmx.de

**Christina Kunze**  
030/2159341  
kunzmans@t-online.de

**Britta Delique**  
0441/592203  
britta@delique.net